

# Flüchtlinge lassen sich taufen

Viele durften in der Heimat nicht Christ sein  
 Von Carolin-Christin Czichowski

WESTFALEN ■ Ein Pastor, ein Schwimmbad – und dutzende Flüchtlinge in weißen Gewändern, die getauft werden. Bilder solcher „Massentaufen“ kursieren derzeit in den Medien. Der Grund: Viele, vorwiegend iranische und afghanische Flüchtlinge wollen ihren muslimischen Glauben ablegen und zum Christentum konvertieren. „Diese Menschen durften in ihrer Heimat oft ihren christlichen Glauben nicht ausleben, wurden gezwungen, Muslime zu sein“, erklärt Andreas Duderstedt, Sprecher der Evangelischen Kirche von Westfalen. Dort sind in den vergangenen drei Jahren mindestens 82 Flüchtlinge getauft worden. „Doch wir schätzen, dass es etwa 200 Täuflinge sind, da die jeweilige Gemeinde die Taufen nicht melden muss“, sagt Duderstedt.

## Glaubensstreit im Flüchtlingsheim

Ihren Hoffnungen zum Trotz können die Konvertiten ihren neuen Glauben auch in Deutschland häufig nicht ausleben: „Ich habe schon von einigen Fällen gehört, in denen vom Islam zum Christentum Konvertierte in Flüchtlingsunterkünften von Muslimen angefeindet wurden“, sagt Duderstedt. „Daher trauen sich viele nicht, öffentlich zu ihrem neuen Glauben zu stehen.“

Im Vorfeld der Taufe findet in der Regel ein Vorbereitungskurs statt. „Der Taufbewerber soll dabei den christlichen Glauben intensiv kennenlernen und eine christliche Lebenspraxis einüben. Dabei wird er begleitet von Haupt- oder Ehrenamtlichen, die entsprechende Erfahrungen haben“, erklärt Thomas Throenle, Sprecher des Erzbistums Paderborn. In dieser Zeit, die ein intensives Kennenlernen bedeute, werde auch die Ernsthaftigkeit des Wunsches, getauft zu werden, geklärt. Schließlich könne der christliche Glaube unter Umständen eine Rolle im Asylverfahren spielen – etwa dann, wenn in dem jeweiligen Heimatland Christen verfolgt werden.

Darüber, wie viele Flüchtlinge in Westfalen zum katholischen Glauben übergetreten sind, können die hiesigen Bischöfe jedoch keine Auskunft geben. „Wir führen dazu keine Statistik“, so Throenle. Gleiches gilt auch für die Bischöfe in Münster und Essen.

## Weniger Flüchtlinge

BERLIN ■ Die Zahl der ankommenden Flüchtlinge in Deutschland ist in den vergangenen Wochen deutlich zurückgegangen. Im Januar wurden rund 91 700 Flüchtlinge neu registriert – rein rechnerisch fast 3000 am Tag. Im Februar waren es etwa 61 400 – umgerechnet im Schnitt gut 2100 täglich. Ein Blick auf die Zugangszahlen in Bayern, wo die meisten Schutzsuchenden einreisen, zeigt einen klaren Rückgang im Laufe des Februars: Während dort in der ersten Monathälfte oft noch mehr als 2000 Flüchtlinge täglich gezählt wurden, waren es in der zweiten Monathälfte meist nur noch wenige Hundert am Tag. In den Wintermonaten gehen die Flüchtlingszahlen üblicherweise nach unten. Denn die Witterung macht in dieser Zeit die Flucht und vor allem die Überfahrt über das Mittelmeer nach Europa sehr gefährlich. ■ dpa



Flüchtlinge stehen im Lager in Idomeni zur Registrierung an. Immer mehr Menschen hängen in Nordgriechenland fest. ■ Foto: dpa

# Verzweifelt am Grenzstreifen

Rund 10 000 Flüchtlinge hoffen in Nordgriechenland auf die Weiterreise

IDOMENI/SAMOS/CALAIS ■ Das schöne Wetter passt so gar nicht zu der verzweiferten Lage im nordgriechischen Lager Idomeni. Zwischen Hunderten bunten Kuppelzelten entlang der Bahnlinie herrscht so etwas wie Campingatmosphäre. Doch auf einigen Zelten prangt in schwarzer Sprühfarbe: „Open the border“ und „Help us“.

Hier im Norden Griechenlands staut sich der Flüchtlingszug der Balkanroute. Inzwischen warten rund 10 000 Menschen, durch den stark befestigten mazedonischen Grenzzaun gelassen zu werden. Einige seit Tagen. Die verzweiferten Menschen – viele aus Syrien und dem Irak – wollen weiter in Richtung Norden.

Gestern Morgen öffnet sich das kleine Tor im Maschendrahtzaun – etwa 200 Menschen dürfen durch. Familien mit Kindern zählen zu den Glücklichen, auch viele Kranke. Alle dürfen sich jetzt Hoffnung auf Österreich und Deutschland als Zielland machen. Als sich die Tür im Zaun wieder schließt, drängen die Zurückgebliebenen panisch nach vorn, um es doch noch zu schaffen. Tränen fließen. Bittere Enttäuschung in den Gesichtern derer, die es nicht geschafft haben.

Der junge Syrer Samer aus Aleppo wartet schon acht Tage vor der blockierten Grenze. Er wolle unbedingt nach Deutschland, um seine Beinverletzung behandeln zu lassen. Zu Hause sei das unmöglich, erzählt der Mann. Seine Krücken hat er neben sich gestellt.

Der Druck auf die griechisch-mazedonische Grenze scheint nicht nachzulassen. Knapp 600 Kilometer weiter südlich, in der Hafenstadt Piräus auf dem griechischen Festland, sind gestern wieder mehr als 1000 Migranten von den Ägäisinseln angekommen – etwa so viele wie in den vergangenen Tagen. Eine der Inseln in der Ost-Ägäis, die besonders stark von dem

## Brennpunkte der Flüchtlingskrise



Zustrom aus der Türkei getroffen ist, ist Samos. Hier gehört die Flüchtlingskrise schon längst zum Alltag. Im Hafen des Ortes Vathy fahren italienische und schwedische Rettungsboote, die griechische Küstenwache und neuerdings auch zwei Patrouillenboote der deutschen Bundespolizei ganz selbstverständlich ein und aus. Immer wieder retten sie vor allem nachts Flüchtlinge aus dem Meer und bringen sie zur Insel. Dort werden die Menschen registriert und vorübergehend in einem Auffanglager am Stadtrand untergebracht. Rund 1000 Migranten befinden sich derzeit auf der Insel. Viele hoffen auf die Weiterfahrt zum griechischen Festland, um weiterzukommen auf der schweren Reise durch Europa. Doch auf dem griechischen Festland ist die Lage angespannt – und viele der Flüchtlinge, die jetzt Samos erreichen, sollen vorerst dort bleiben.

Auch diejenigen, die es durch Europa geschafft haben, blicken in eine ungewisse Zukunft. Seit Tagen wird der berüchtigte „Dschungel von Calais“ von französischen Behörden geräumt. Hier harren seit Jahren Flüchtlinge mit der Hoffnung aus, von der französischen Kanalküste aus einen Weg nach Großbritannien zu finden. Doch knapp die Hälfte des Camps soll nun verschwinden, weil die Lebensbedingungen dort aus Sicht der Behörden nicht haltbar sind.

Aus der Brusttasche von Mohammads Jacke ragt der Kopf einer Zahnbürste. Der 25-jährige Sudanese schlief, als am Morgen die Polizisten kamen und ihn aufweckten, so erzählt er in gebrochenem Englisch. Nun ist seine Unterkunft zerstört, abgerissen von den Arbeitern in Orange. Beschützt von bewaffneten Bereitschaftspolizisten nehmen sie sich die Zelte und Hütten im südlichen Teil des Camps vor. ■ dpa

# Sauerländer Schüler lösen EU-Krise

Junge Leute aus Kierspe nehmen in Planspiel zur Flüchtlingsthematik Rolle von EU-Akteuren ein

Von Daniel Schröder

KIERSPE ■ „Die Grenzen müssen dicht gemacht und zur Not mit Waffengewalt verteidigt werden!“ Dieses radikale Statement vertrat gestern ein Europaabgeordneter in den Räumlichkeiten der Gesamtschule in Kierspe und diskutierte sie mit Vertretern anderer Fraktionen. Doch wie kommt das EU-Parlament überhaupt ins Sauerland?

Die Antwort: Der Abgeordnete der rechtspopulistischen Partei EFDD und seine Diskussionspartner besuchen in Wirklichkeit die Stufen zehn und elf der Gesamtschule Kierspe und sind Teil eines Planspiels zur europäischen Asyl- und Flüchtlingspolitik, das gestern in Kierspe startete und zuvor an Schulen in Mönchengladbach und Köln praktiziert wurde.

In dem zweitägigen Planspiel verhandeln Schüler im Ministerrat, als Europaabgeordnete und Mitglieder der EU-Kommission eine Richtlinie zur Regelung des Zuzugs von Asylsuchenden. Dabei versuchen sie, eine weitere Harmonisierung der europäischen Asylpolitik voranzutreiben. Sie verhandeln zwischen Mitgliedstaaten und den Forderungen von Menschenrechtsgruppen und lernen dabei die verschiedenen Aufgaben der EU-Verantwortlichen kennen.



„Jeder hier muss sich an seine eigene Rolle und die Fraktion, deren Meinung man vertritt, gewöhnen“, sagt der „EU-Parlaments-Vorsitzende“ Justus Engstfeld (Mitte) aus Kierspe. ■ Foto: Schröder

Über die Rolle, die jeder Schüler im Rahmen des Projektes einnimmt, entscheidet vor Beginn das Los: „Das ist schwierig und spannend zugleich. Man setzt sich intensiv mit Ansichten auseinander, denen man in Wirklichkeit in keinster Weise zustimmt. Gerade in meiner Rolle habe ich viel Gegenwind bekommen“, schildert Felix Häberle, der die Rolle des EFDD-Vertreters spielt, seine Eindrücke nach der ersten intensiven Diskussionsrunde.

„Jeder hier muss sich erst einmal an seine eigene Rolle und die Fraktion, deren Meinung man vertritt, gewöhnen“, fügt Justus Engstfeld hinzu, der in die christdemokratische Fraktion EVP gelost und zum Vorsitzenden des EU-Parlaments gewählt wurde.

Während des Projektes arbeiten die Schüler der Kiersper Schule ein Programm für ihre Fraktion aus, mit dem beim Finale heute diskutiert werden soll, ob Europa „als neue Heimatstätte oder abgeschottete Festung“ wahrgenommen werden soll. Schulleiter Johannes Heintges ist froh, dass das Projekt, das von der Friedrich-Ebert-Stiftung initiiert wird, an seiner Schule stattfindet: „Das beste Mittel gegen Vorurteile ist Aufklärung. Natürlich werden EU-Strukturen im Unterricht thematisiert, doch Projekte dieser Art transportieren solche Themen noch viel intensiver. Zudem ist es unglaublich wichtig, dass das politische Interesse der Schüler geweckt und aufrechterhalten wird.“

Lehrerin Katarina Müller hat das Planspiel nach Kierspe geholt: „Das Ziel ist die Diskussion über ein Thema, das oft zu oberflächlich behandelt wird. Die Schüler können tiefer in die Thematik eintauchen und sich eine eigene Meinung bilden“, erklärt die Pädagogin der Fächer Geschichte und Sozialwissenschaften.

# Rückenwind für Clinton und Trump

Die wichtigsten Fragen zum „Super Tuesday“

Von Ivan Couronne

WASHINGTON ■ Im Rennen um die US-Präsidentschaftskandidatur haben die Demokratin Hillary Clinton und der Republikaner Donald Trump am Dienstag den Vorsprung auf ihre parteiinternen Rivalen ausgebaut. Beide setzten sich in jeweils sieben Bundesstaaten durch. Die wichtigsten Fragen zum „Super Tuesday“:

## Ist Trump auf dem Weg zur US-Präsidentschaftskandidatur noch zu stoppen?

Der Geschäftsmann setzte seinen Siegeszug bei den Vorwahlen am Dienstag fort. Es sei „fast schon unvermeidlich“, dass Trump das Rennen bei den Republikanern mache, sagte der Politikprofessor Dante Scala von der University of New Hampshire. Rein rechnerisch ist aber auch für seine Rivalen noch alles möglich, auch wenn die Luft für sie immer dünner wird. Bislang wurden 30 Prozent der Delegiertenstimmen proportional nach Wahlergebnis vergeben, bis zum Ende des Monats werden es 62 Prozent sein. Trump liegt derzeit klar in Führung. Bei fast allen nach dem 15. März stattfindenden Vorwahlen erhält der Sieger alle Delegiertenstimmen des jeweiligen Bundesstaats. Vereint Trump die absolute Mehrheit von 1237 der insgesamt 2472 Delegierten hinter sich, steht er als Kandidat der Republikaner fest. Ansonsten fällt die Entscheidung beim Nominierungsparteitag im Juli.

## Ist Trumps Rivale Marco Rubio schon jetzt gescheitert?

Rubio ist der Wunschkandidat des republikanischen Establishments. Doch trotz der Unterstützung der Par-

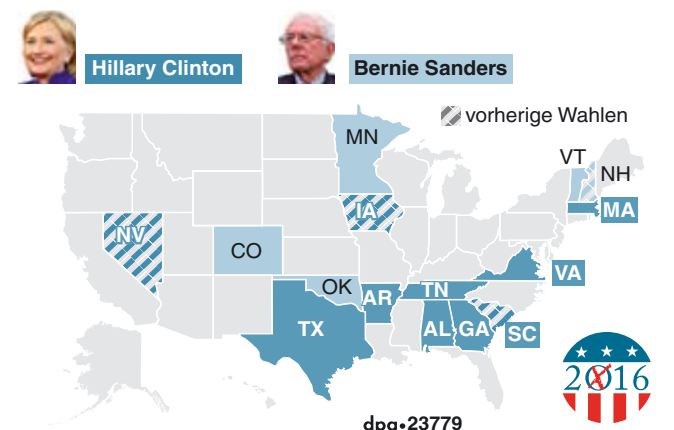
teilite verliefen die Vorwahlen für ihn bislang enttäuschend. Auch am „Super Tuesday“ reichte es nur für einen Achtungserfolg: Der Senator konnte lediglich einen Vorwahlsieg im relativ unbedeutenden Minnesota verbuchen. Der erzkonservative Senator Ted Cruz, der am Dienstag Siege in drei Bundesstaaten einfuhr, rief seinen Rivalen bereits auf, aus dem Kandidatenrennen auszusteigen. Doch Rubio hofft auf einen Erfolg in seinem Heimatstaat Florida, auch wenn er dort in Umfragen hinter Trump liegt. Einige Republikaner denken bereits über einen Plan B nach. Um Trump zu stoppen, könnte die Partei gezwungen sein, sich hinter Cruz zu stellen, sagte der Senator Lindsey Graham. Andere sprechen sich dafür aus, die Regeln für den Nominierungsparteitag zu ändern, um eine Kandidatur Trumps noch zu verhindern.

## Wie ist die Lage bei den Demokraten?

Clinton, die bereits von Anfang an als große Favoritin bei den Demokraten galt, hält ihren Rivalen Bernie Sanders weiter auf Distanz. Der linke Senator gewann am „Super Tuesday“ zwar vier der elf Vorwahlen, doch kann er in großen Bundesstaaten mit einer vielfältigen Wählerstruktur nicht überzeugen. Ganz anders Clinton: Sie hat eine große Anhängerschaft unter Afroamerikanern und Hispanics und fuhr eindrucksvolle Siege in den Südstaaten ein. Auch bei weiblichen Parteihängern kommt Clinton deutlich besser an als Sanders. Clinton setzte sich bislang in elf der 16 Vorwahlen durch und erarbeitete sich bereits einen großen Vorsprung an Delegiertenstimmen. ■ afp

## Super Tuesday der Demokraten

Sieger der Vorwahlen in den US-Bundesstaaten am Super Tuesday:



## Trump kritisiert deutsche Politik

Nach seinem Triumph beim „Super Tuesday“ hat der republikanische Präsidentschaftsbewerber Donald Trump erneut die deutsche Flüchtlingspolitik ins Visier genommen. „Schaut nach Deutschland und Schweden und schaut einige dieser Orte an, das ist ein Desaster“, sagte Trump am Dienstagabend (Ortszeit). Wegen der Flüchtlinge aus muslimischen Ländern drohe der Bundesrepublik ein „radikalislamischer Terrorismus“. Der populistische Geschäftsmann, der am Dienstag mindestens sieben der elf Vorwahlen der Republikaner für sich entscheiden konnte, hatte mit der Forderung nach einem Einreiseverbot für Muslime in die USA für Empörung gesorgt. ■ afp

## Super Tuesday der Republikaner

Sieger der Vorwahlen in den US-Bundesstaaten am Super Tuesday:

